



## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

auch in "Europa" ist der Wahlausgang in Deutschland das beherrschende Thema. Die Rechnung der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört, ist nicht aufgegangen. Gerhard Schröder, der diese Woche in Straßburg war, nahm den EU-Kommissionspräsidenten Barroso und die niederländische Kommissarin Neeli Kroes ins Visier, die offen Wahlkampf für die deutschen Christdemokraten gemacht hatten. Insgeheim hofften einige in der EU-Kommission auf einen klaren Wahlsieg Merkels, um endlich ihre neo-liberale Agenda umsetzen zu können. Diese Pläne müssen nun sicherlich zurückgestellt werden, weil die Sozialdemokratie in Europa eine starke Stimme für die Menschen bleibt.

### Weg frei für ein europäisches Asylrecht

*Mit einer knappen Mehrheit hat das Europäische Parlament den Weg zu einem fortschrittlichen europäischen Asylrecht geebnet. Ziel des Richtlinienvorschlages ist es Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen bei uns in Europa Zuflucht und Asyl suchen, einen einheitlichen Rechtsrahmen und somit Rechtssicherheit zu bieten.*

Noch ist hier die Stellungnahme des Europäischen Parlaments für den Rat lediglich eine Richtschnur, hat aber keine Rechtsverbindlichkeit. Allerdings ist die im EU-Vertrag niedergelegte Übergangsfrist erreicht, nach der bei Fragen von Asyl und Einwanderung das Europäische Parlament als gleichberechtigter Gesetzgeber mitentscheidet. Derzeit streitet das Parlament mit dem Ministerrat über die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens - mit offenem Ausgang. Deswegen hat die abgestimmte Stellungnahme durchaus politisches Gewicht.

Das Parlament hat umfangreiche Änderungen am Ratstext vorgenommen, weil er den Mitgliedstaaten in zu vielen Fällen überlassen hatte, ihre einzelstaatlichen Rechtsvorschriften beizubehalten - so etwa bei der Feststellung so genannter „sicherer Drittstaaten“ und „sicherer Herkunftsländer“. In Zukunft wird es also einheitliche europäische Listen von sicheren Herkunftsländern bzw. Drittstaaten geben. Das Konzept der sog. "supersicheren Drittstaaten" wurde sogar ganz abgelehnt, weil diese Bestimmung keine Einzelfallprüfung vorsieht. Außerdem machte sich der Berichterstatter Wolfgang Kreissl-Dörfler (SPD) für Regelungen stark, die Kinder und Minderjährige unter den Flüchtlingen besonders schützen.

Bedauerlich ist aber, dass gerade die deutschen Konservativen, die das "C" im Namen tragen gegen diesen Bericht gestimmt haben. Wo sind auf einmal die gemeinsamen europäischen Werte, wenn es um die Menschenrechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden geht?

### Europaparlament macht "Basel II" mittelstandsfreundlich

Das Europäische Parlament billigte mit zahlreichen Änderungen die als "Basel II" bekannte Eigenkapitalrichtlinie, bei der es um gemeinsame Regeln zum Risikomanagement bei der Kreditvergabe geht. Die Europa-abgeordneten haben sich insbesondere für die Interessen des Mittelstandes stark gemacht.

Die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (SPE) hat durchgesetzt, dass Hypothekarkredite für privat genutzte Liegenschaften nicht einbezogen werden, wenn das Risiko der Kreditvergabe an ein Unternehmen bis zur Grenze von einer Mio. Euro bewertet wird. Darüber hinaus werden Banken in Zukunft zu einer Art Beratung für ihre mittelständischen Kreditnehmer verpflichtet, weil sie ihnen das "Rating", d.h. die Bewertung von Kreditbewerbungen, offen legen und erklären müssen.

Das Europäische Parlament hat darauf bestanden, dass Kredite, die Sparkassen und Genossenschaften sich innerhalb ihrer Verbünde gewähren, genauso günstig zu behandeln sind, wie Kredite innerhalb von Bankkonzernen und Finanzkonglomeraten, wenn eine klare Risikoabsicherung gewährleistet ist.

### Fit für Europa?

Wer uns am Schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält zwei unserer beliebten Europa-Tassen.

Frage: Wie heißt die **europäische** Fraktion, bei der die SPD-Abgeordneten Mitglied sind?

- a) SPD                      b) SPE                      c) SPÖ

Die Gewinnerin des letzten Quiz ist Marina Lechner aus Frankfurt.

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel: 0032 2 28 45342  
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro  
Fischerfeldstraße 7-11  
D-60311 Frankfurt  
Tel: 069 299888510  
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de  
udo.bullmann@spd.de